

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER  
EXTRA  
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:  
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-  
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,  
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-  
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich  
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:  
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

21. September 1968 - 76/II  
Einzelpreis DM 0.75

SEITE 5: ALLIIERTE VERORDNUNGEN GEGEN "AUTOBAHN-BLOCKADE" UND "DE-  
SERTATIONSHILFE"

SEITE 6: ROT IST NICHT GLEICH BRAUN - EIN BEITRAG DER ANTIFASCHISTISCHEN  
LIGA ZUR "STALINISMUS-DISKUSSION"

SEITE 10: DER UNAUFHALTSAME AUFSTIEG DES HERRN SCHNEZ

#### WESTBERLINER SPD: AUFSTAND GEGEN BRANDT MISSLANG

Der Dienstag-Aufstand der Westberliner SPD-Rechten gegen den Bundesvorsitzenden der Partei und Außenminister Willy Brandt ist mißlungen. Nachdem Brandt vor Fraktion und Landesausschuß der SPD im Rathaus Schöneberg die Grundzüge seiner "neuen Ostpolitik" erläutert und mit einigen selbstkritischen Einlassungen garniert hatte, stimmte der Landesausschuß einer Erklärung zu, in der diese Grundzüge gebilligt werden. Die Erklärung lag einer Schütz-Vorlage zugrunde (siehe EXTRA-Dienst 73/II), die aber zweimal abgeändert werden mußte. Wegen ihrer "Weichheit" wurde sie ursprünglich vom rechten Flügel kategorisch abgelehnt und revidiert. Eine zweite Korrektur mußte sie sich durch Brandt-Intervention gefallen lassen: Hieß es ursprünglich, Westberlins Sicherheit sei in der Existenz der NATO begründet, ist jetzt von der NATO und der Präsenz der drei Westalliierten in Westberlin die Rede. Brandt gab zu, daß er sich in der Einschätzung der sowjetischen Politik insofern geirrt habe, als er nicht an eine Invasion der CSSR und damit an eine so starke Interessenlage der UdSSR geglaubt habe - entschuldigend fügte er hinzu, Tito habe sich auch geirrt. Der Bundestagsabgeordnete Klaus Peter Schulz und andere Rechte widersprachen Brandts Appell, die "Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung unbeirrt fortzusetzen" mit dem Hinweis, man könne nicht so tun, als sei nichts geschehen. Der Frage Brandts, welche Alternative es zu dieser Politik gebe, wurde aber keine Antwort zuteil. In den Wandelgängen wurde unter den Rechts-extremisten der Fraktion und des Landesausschusses dann nur noch unartikuliert gemurrt.

#### WESTBERLINER SPD: DISKUSSION ÜBER STATUS-FRAGEN

Die Auseinandersetzungen in der Führung der Westberliner SPD um die "neue Ostpolitik" der Bundesregierung (siehe EXTRA-Dienst 73/II) greifen auch auf Untergliederungen der Partei über: die einzelnen Richtungen suchen Anhänger, um zu einer "verbindlichen Festlegung der Politik der SPD zu kommen". Es gibt dabei vier Grundrichtungen für die Status-Fixierung innerhalb der SPD: 1. Vollständige Einbeziehung Westberlins in die Bundesrepublik - vertreten von Teilendes rechten Flügels; 2. Aufrechterhaltung bzw. Rückkehr zum Besatzungsstatus - vertreten von Teilen der Linken; 3. Ausbau des "gewachsenen Status" der Stadt und seine Fixierung auf den Status quo - seine Freunde sitzen vor

allem im Senat und in der gemäßigten Rechten; 4. Schaffung eines Sonderstatus für Westberlin unter Berücksichtigung der DDR-Forderungen und unter Beibehaltung wirtschaftlicher Bindungen zur Bundesrepublik - vertreten vor allem von Kreisen um das "Bürgerkomitee", also der SPD-Linken und der "alten Mittelgruppe" in der SPD unter Führung von Ex-Bürgermeister Albertz.

#### ALLIIERTE: VERORDNUNG GEGEN DIE APO?

Zwei Zusatzverordnungen der drei westlichen Besatzungsmächte von Westberlin, von amerikanischen, britischen und französischen Sprechern nicht weiter erläutert, wurden in der Westberliner und westdeutschen Öffentlichkeit als "Drohung" gegen die Aktivitäten linksoppositioneller Gruppen gedeutet. Informationen aus im allgemeinen gut unterrichteten Kreisen besagen jedoch, daß die drei Kommandanten bzw. ihre Regierungen mit den Verordnungen weniger befürchtete oder bereits betriebene Links-Aktivitäten treffen wollten; sie wollten eher dem Drängen nach einer neuen "Berlin-Erklärung" eine Absage erteilen. Die Bundesregierung war in letzter Zeit, vor allem nach der CSSR-Krise, immer heftiger von den Rechtsgruppen der Westberliner Parteien bedrängt worden, von den Alliierten die Zusicherung zu erlangen, daß der "gewachsene Status" der Stadt sanktioniert wird. Amerikanische Stellen haben dagegen in jüngster Zeit in privaten Gesprächen mehrfach die Befürchtung geäußert, daß dann die UdSSR neue Maßnahmen gegen Westberlin ergreifen würde, was ins amerikanische Konzept nicht passen kann. Die Amerikaner wie die beiden anderen Besatzungsmächte nehmen zwar den CDU-Bundeskongreß im November hin, äußerten aber keineswegs - wie fälschlich berichtet wurde - ihre Genugtuung über diese Bundesveranstaltung in Westberlin. Die Alliierten glauben jedoch, daß sie durch die stillschweigende, vielleicht sogar wohlwollende Duldung solcher Veranstaltungen wie dem CDU-Bundesparteitag darum herumkommen, eine von Bonn und Westberlin verlangte "Status"-Erklärung ausdrücklich verweigern zu müssen. Andererseits haben sie durch die neue Verordnung (siehe Dokumentation im Faksimile auf Seite 5; der Abdruck erfolgt dreisprachig, da für jeden Sektor jeweils der französische bzw. englische Wortlaut als amtlicher Text gilt) klargestellt, daß in Westberlin nach wie vor Besatzungsrecht herrscht.

Die erste Verordnung, die sich auf die Behinderung des Westberlin-Verkehrs bezieht, sieht bei Zuwiderhandlungen eine Freiheitsstrafe bis zu 10 Jahren und Geldstrafen bis zu 50 000 DM vor. Sie wurde in Westberlin mit einer studentischen Diskussion in der TU unmittelbar nach dem Attentat auf Rudi Dutschke in Zusammenhang gebracht, als ein studentischer Sprecher vorschlug, die Autobahnstrecke im Niemandsland zwischen den Kontrollpunkten Drewitz (DDR) und Dreilinden (Westberlin) zu blockieren, um die Herausgabe von 340 verhafteten Demonstranten zu erzwingen. Nach ursprünglicher Zustimmung war diese Anregung verworfen worden und tauchte in der Diskussion nie wieder auf. Ähnlich war es mit einem Diskussionsbeitrag, der eine vorübergehende Besetzung des Flugfeldes von Tempelhof vorgeschlagen hatte. Es erscheint unglaublich, daß die Alliierten diese beiden Diskussionsbeiträge aus dem April 1968 im September 1968 so ernst nehmen, daß sie eine Verordnung erlassen.

Ähnlich verhält es sich mit der zweiten Verordnung, die auf die Hilfeleistungen amerikanischer und deutscher Studenten für US-Deserteure abzielt, die lieber nach Schweden ins Exil ausweichen, als in Vietnam den Heldentod zu riskieren. Die Strafandrohung: Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, Geldstrafe bis zu 25 000 DM. Tatsächlich wird bereits seit eineinhalb Jahren in Westberlin, wie auch in der Bundesrepublik, im Rahmen der Vietnam-Kampagne Hilfe für amerikanische Desertationswillige seitens linker Gruppierungen geleistet. Wie zuverlässig bekannt wird, wurden durch solche Hilfeleistungen aus Westberlin bisher aber nur fünf Armee-Angehörige nach Schweden geschleust - der letzte vor mehr als einem halben Jahr. Daß die drei Stadtkommandanten deshalb gerade jetzt ihre Besatzerfunktion so nachdrücklich ins Gespräch bringen, wird daher ebenfalls für unglaubwürdig erachtet.

#### FALKEN WESTBERLIN: LUXEMBURG-LIEBKNECHT-GESELLSCHAFT

Funktionäre der Westberliner Falken haben am letzten Wochenende die "Luxemburg-Liebkecht-Gesellschaft" gegründet. Die Gesellschaft hat sich die Aufgabe gestellt, jun-

gen Arbeitern, Angestellten und Studenten das politische Wirken und die gesellschaftliche Zielsetzung der beiden Revolutionäre zu vermitteln, um auf diese Weise Luxemburgs und Liebnechts Ideen im gegenwärtigen Kampf der Linken für den Sozialismus wieder relevant werden zu lassen. Zum Geschäftsführer der Gesellschaft wurde der Sekretär des Westberliner Landesverbandes der Falken, Heinz Beinert, gewählt. - Der Landesverband hatte bereits im März des Jahres (EXTRA-Dienst berichtete darüber) gefordert, eine Gedenkstätte für Karl Liebnecht und Rosa Luxemburg zu errichten. Zahlreiche Antworten gingen auf diesen Aufruf ein, die von den Falken in Form einer Dokumentation veröffentlicht werden sollen. Jetzt haben Vertreter der Falken und der Architektengruppe 507 vereinbart, die beiderseitigen Absichten zu koordinieren, aus Anlaß des 50. Jahrestages der Ermordung der beiden Sozialisten im Januar 1969 ein Denkmal zu errichten.

#### GLOBKE-GRATULATION DURCH SCHÜTZ: MÜNCHNER VERLEGER VERLIESS SPD

Die Gratulation des Westberliner Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz zum 70. Geburtstag des Judengesetz-Kommentators Globke hat den Münchner Verleger Berthold Spangenberg zum Austritt aus der SPD veranlaßt. Schütz hatte in seiner Position als Bundesratspräsident und Lübke-Stellvertreter wegen dieser Gratulation scharfe Angriffe des SPD-Justizministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Neuburger, hinnehmen müssen, nachdem er telegrafisch die "beispielhafte Hingabe" und den "nachhaltigen Erfolg" des Adenauer-Staatssekretärs gerühmt hatte. Neuburger erklärte: "Das ist ein Skandal. Ein Sozialdemokrat hätte sich weigern müssen, Glückwünsche im Namen des Volkes einem Mann auszusprechen, dessen Name für alle Verfolgten in der NS-Zeit traurige Erinnerungen hinterläßt." Schütz hatte darauf erwidert, daß es ihm nicht zustehe, die vom Bundespräsidenten erlassenen Richtlinien zur Gratulation ehemaliger Staatssekretäre zu kritisieren.

#### HEIDELBERGER JUSTIZ: NPD ALS NEBENKLÄGER ?

Der Kreisvorstand Heidelberg und der Landesverband Baden-Württemberg der NPD haben beantragt, als Nebenkläger in einem Prozeß gegen einen Heidelberger Bürger "wegen Sachbeschädigung an Wahlplakaten der NPD" zugelassen zu werden. Noch hat das Amtsgericht über diesen Antrag nicht entschieden. APO-Anwalt Dr. Amman hat als Verteidiger das Verlangen der Neonazis als "einfach ungesetzlich" bezeichnet, da die NPD die Nachfolgeorganisation der durch das Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10. Oktober 1945 verbotenen Nazi-Partei sei. Amman in seinem Schreiben an das Gericht: "Es wäre unverantwortbar, unverantwortlich und skandalös, wenn eine Partei wie die NPD in einem Strafverfahren gegen demokratisch gesinnte Bürger als Nebenkläger an die Seite der Staatsanwaltschaft treten dürfte. So weit sind wir (noch?) nicht."

#### ANTI-SPRINGER-BOYKOTT: ROWOHLT INSERIERT WIEDER IN DER "WELT"

Der Anti-Springer-Boykott der Gruppe 47 vom vergangenen Jahr, dem sich verschiedene westdeutsche und Westberliner Verleger - darunter auch Rowohlt und Suhrkamp - angeschlossen hatten, ist jetzt zum erstenmal durchbrochen worden: Der Rowohlt-Verlag ließ in der letzten Ausgabe der Springer-Beilage "Welt der Literatur" vom 19. September eine ganzseitige Anzeige erscheinen. Diese Nummer erschien anläßlich der Buchmesse. Einer der in der Anzeige angekündigten Belletristik-Titel: "Rauher Osten - Wilder Westen".

#### PERSONALIEN

WERNER E. STICHNOTE, Geschäftsführer des Springerschen Ullstein-Taschenbuch-Verlags, soll Nachfolger des derzeitigen Vorstehers des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, Georgi, werden. Die Wahl findet während der laufenden Buchmesse statt.

JOSEF MOLL, am 30. September aus seinem Amt scheidender Inspekteur des Bundesheeres, erklärte während des Bundeswehr-Herbstmanövers "Schwarzer Löwe" zu vom SDS und anderen APO-Gruppen in Erwägung gezogenen Aktionen gegen die Bundeswehr: "Den Kavaliern vom SDS kann ich nur den Rat geben: Bleibt ja von den Kasernen weg. Das könnte euch schlecht bekommen." Die "Stimmung in der Truppe" sei wegen der angekündigten Aktionen "sehr gereizt".

## ISERLOHN: REPUBLIKANISCHER CLUB IM AUFBAU

In der westfälischen Kreisstadt Iserlohn wurde jetzt die Initiative zum Aufbau eines Republikanischen Clubs ergriffen. Das Initiativkomitee ist über Arnim Kligge, 586 Iserlohn, Thomes Kamp 17, zu erreichen.

## HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DONNERSTAG, 26. September, 20 Uhr: Im Arbeitskreis Bürokratie und Räte referiert Klaus Hermann "Zur Strategie und Theorie der APO nach der Intervention in der CSSR".

FREITAG, 27. September, 20 Uhr: Der Ökonom Elmar Altvater über "Die neue Wirtschaftspolitik der CSSR - Rückkehr zum Kapitalismus?"

## HINWEISE DER REDAKTION

AUF SEITE 12 veröffentlichen wir den Spendenaufruf "Hilfe für Vietnam", dem inzwischen 78 365,10 DM zugegangen sind. Bekanntlich hat das Westberliner Verwaltungsgericht das Polizeiverbot der Sammlung wieder aufgehoben. In einer Mitteilung hat der "Ständige Arbeitsausschuß für Frieden, nationale und internationale Verständigung" dazu aufgerufen, jetzt erst recht "die 100 000 voll zu machen".

## GRIECHISCHE TRICKS: WIRTSCHAFT ALS VORWAND?

Die Firma F.E. Laue gibt an, von "interessierten Kreisen aus der Wirtschaft und Industrie beauftragt" worden zu sein, bei "griechischen Staatsangehörigen die Meinung zu einer Reihe von Fragen, die Wirtschaft und Öffentlichkeit betreffen", einzuholen. Der den griechischen Gastarbeitern und Studenten in Westberlin und der Bundesrepublik vorgelegte Fragebogen enthält jedoch kaum Fragen, die die Ökonomie Griechenlands betreffen. Zwar wird gefragt, ob man Vertrauen zur griechischen Währung habe und ob man Geld aus Einkünften in der Bundesrepublik oder Westberlin nach Griechenland überweise; nach diesen zwei Fragen beschäftigen sich die restlichen 12 aber vorwiegend mit der für den 29. September zur Abstimmung gestellten Verfassung für Griechenland. Daß die Auftraggeber für diesen Fragenkatalog deutsche Wirtschaftskreise sein sollen, erscheint absurd. Als Auftraggeber kann nur das griechische Diktatorsystem in Frage kommen. Nach Meinung griechischer Oppositionskreise soll die Umfrage dazu dienen, nach der "Volksabstimmung" in Griechenland, an der sich außer den Inlandsgriechen nur bei den Missionen Athens im Ausland beschäftigte Staatsbürger, nicht aber Arbeiter und Intellektuelle, die im Ausland leben, beteiligen dürfen, "zu beweisen", daß die Verfassung unter den Auslandsgriechen "Zustimmung gefunden" habe. Laues Fragenkatalog ist so aufgebaut, daß man eine "Zustimmung" zur Verfassung manipulativ herauslesen kann. Gefragt wird nach Einzelheiten aus der Verfassung, beispielsweise: "Sind Sie für die Beschränkung der Anzahl der Abgeordneten auf 150?" (Frage 5); "Sind Sie für ein Verbot der KP Griechenlands?" (Frage 6); "Sind Sie für eine bessere verfassungsrechtliche Festlegung der Rechte und Vorrechte des Königshauses?" (Frage 7); "Sind Sie für eine freie Presse ohne den Skandalinhalt der früheren griechischen Zeitungen?" (Frage 8); "Sind Sie dafür, daß Abgeordnete nicht gleichzeitig Minister sein können?" (Frage 9); "Sind Sie für Parteien, die auf einer demokratischen Satzung und nicht auf personeller Basis aufbauen?" (Frage 13); und "Sind Sie für die Einführung strengerer Maßstäbe bei der Kandidatenauswahl für das Parlament?" (Frage 10). Abgesehen von der KP-Verbotsfrage sind die meisten Fragen nach Meinung griechischer Oppositioneller so gestellt, daß man kaum anders als mit "ja" antworten kann. - Interessant ist die Mitteilung griechischer Oppositioneller, daß die Interviewer des Hauses F.E. Laue, Berlin 31, Kurfürstendamm 96, den Auftrag erhalten haben sollen, möglichst wenig Studenten, dafür aber Arbeiter zu interviewen. Eine Rückfrage bei den Meinungsfragern ergab, daß am kommenden Montag im Hamburger Überseeclub die Ergebnisse der Umfrage bekannt gegeben werden sollen. Laue, selbst am Telefon, dementierte, daß er die Umfrage "für die Griechen" mache, wollte über seine Auftraggeber aber keine näheren Auskünfte geben. Er verabschiedete sich mit dem eiligen Hinweis, "er müsse jetzt abfliegen".

**ORDONNANCE No 534**  
amendant et complétant  
l'Ordonnance No 511  
(Infractions portant atteinte  
aux intérêts de l'Occupation)

Il est ordonné ce qui suit:

**ARTICLE 1**

L'Article 2 de l'Ordonnance No 511 est amendé par l'adjonction du paragraphe suivant:

«6. - Le fait de se concerter ou d'inciter quelqu'un à faire obstacle au fonctionnement ou à l'utilisation des transports ferroviaires, fluviaux, aériens ou routiers des personnes ou des biens entre Berlin et les autres parties de l'Allemagne, à les retarder ou à les mettre en péril.»

**ARTICLE 2**

L'Article 3 de l'Ordonnance No 511 est amendé par l'adjonction des paragraphes suivants:

«14.- Le fait d'inciter sciemment, verbalement ou par des écrits, un membre des Forces Alliées à la désobéissance envers un ordre légal.»

«15.- a) Le fait d'inciter sciemment, par des écrits ou verbalement, un membre des Forces Alliées à abandonner ou à ne pas rejoindre son service ou son unité, dans le but:

(i) de se soustraire soit à un ordre de mutation, soit à la participation à un conflit armé, soit au service militaire du temps de paix, ou

(ii) de mettre fin illégalement à ses obligations militaires;

b) Le fait de prêter aide et assistance à tout membre des Forces Alliées sachant qu'il a l'intention de quitter illégalement son service ou son unité en vue d'atteindre les buts prévus aux alinéas (i) ou (ii) précédents.»

**ARTICLE 3**

La présente Ordonnance entrera en vigueur à la date du 15 Septembre 1968.

Fait à Berlin, le 5 Septembre 1968

Le Général de Division  
HUCHET de QUENETAIN  
Chef du Gouvernement  
Militaire Français de Berlin

**ORDINANCE No. 534**  
Amending Ordinance No. 511  
(Offences against the Interests  
of the Occupation)

It is hereby ordered:

**ARTICLE 1**

Article 2 of Ordinance No. 511 is amended by the addition of the following paragraph:

“6. Conspiring with or counselling any other person to obstruct, retard, or endanger the functioning and utilization of rail, water, air or road transport for the movement of persons or goods between Berlin and the other parts of Germany.”

**ARTICLE 2**

Article 3 of Ordinance No. 511 is amended by the addition of the following paragraphs:

“14. wilfully persuading or inducing by oral or written means a member of the Allied Forces to disobey a lawful order;

15. (a) wilfully persuading or inducing by oral or written means a member of the Allied Forces to leave or stay away from his unit or duty station without permission:

(i) in order to evade a military reassignment or an armed operation or to evade military service permanently, or

(ii) in order to achieve the termination of his service status;

(b) assisting a member of the Allied Forces to leave or stay away from his unit or duty station without permission for the purposes specified in the preceding sub-paragraph.”

**ARTICLE 3**

This Ordinance shall come into force on 15 September 1968.

Done at Berlin, 5 September 1968

F. J. C. BOWES-LYON  
Major-General  
General Officer Commanding Berlin  
(British Sector)

R. G. FERGUSSON  
Major General, U. S. Army  
U. S. Commander, Berlin

**VERORDNUNG Nr. 534**  
zur Änderung der Verordnung Nr. 511  
(Strafbare Handlungen gegen die Interessen der Besatzung)

Es wird hiermit angeordnet:

**ARTIKEL 1**

Artikel 2 der Verordnung Nr. 511 wird durch Hinzufügung des folgenden Absatzes geändert:

„6. sich mit anderen Personen verabredet oder diese berät, den Betrieb und die Benutzung des Eisenbahn-, Wasser-, Luft- oder Straßentransportes zur Beförderung von Personen oder Gütern zwischen Berlin und den übrigen Teilen Deutschlands zu behindern, zu verzögern oder zu gefährden.“

**ARTIKEL 2**

Artikel 3 der Verordnung Nr. 511 wird durch Hinzufügung der folgenden Absätze geändert:

„14. einen Angehörigen der Alliierten Streitkräfte entweder auf mündlichem oder auf schriftlichem Wege vorsätzlich dazu überredet oder veranlaßt, einen rechtmäßigen Befehl nicht zu befolgen;

15. (a) einen Angehörigen der Alliierten Streitkräfte entweder auf mündlichem oder schriftlichem Wege vorsätzlich dazu überredet oder veranlaßt, seine Einheit oder Dienststelle unerlaubt zu verlassen oder ihr fernzubleiben:

(i) um sich einer anderweitigen militärischen Verwendung oder einem bewaffneten Einsatz oder sich dauernd dem Militärdienst zu entziehen;

(ii) um die Beendigung seines Wehrdienstverhältnisses durchzusetzen;

(b) einem Angehörigen der Alliierten Streitkräfte Hilfe leistet, seine Einheit oder Dienststelle unerlaubt aus einem der in den vorangehenden Unterabsätzen (i) und (ii) angeführten Gründe zu verlassen oder ihr fernzubleiben.“

**ARTIKEL 3**

Diese Verordnung tritt am 15. September 1968 in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin  
am 5. September 1968

Général de Division  
HUCHET de QUENETAIN  
Chef der Französischen Militärregierung von Berlin

F. J. C. BOWES-LYON  
General-Major  
Oberbefehlshaber Berlin  
(Britischer Sektor)

R. G. FERGUSSON  
General-Major, U. S. Armee  
Amerikanischer Kommandant, Berlin

## GRIECHISCHE BITTE: HELFT JANNIS RITSOS

Die griechischen anti-diktatorischen Komitees in der Bundesrepublik wenden sich an die Außerparlamentarische Opposition der BRD und Westberlins mit der Bitte, sie in ihren Bemühungen um die Freilassung des bekannten Dichters Jannis Ritsos zu unterstützen. Ritsos war bis vor kurzem im Konzentrationslager Leros interniert und wurde jetzt ins Athener Krebskrankenhaus eingeliefert. Die Militärjunta verweigert ihm aber die Behandlung im Ausland, die sein Leben vielleicht noch retten könnte. Die Komitees appellieren an die APO, durch Petitionen, Erklärungen und Appelle Druck auf die Athener Junta auszuüben, damit Ritsos, wie andere Gefangene, endlich freigelassen werden.

## AFFÄRE BARRAULT: RC-PROTEST BEI MALRAUX

59 Hamburger Persönlichkeiten haben, auf Initiative des Republikanischen Clubs in Hamburg, einen Brief an den französischen Kultusminister André Malraux unterzeichnet, in dem gegen die von Malraux auf Befehl de Gaulles verfügte Entlassung des Direktors des Pariser Odeon-Staatstheaters, Jean Louis Barrault, protestiert wird. Diese "Maßnahme macht uns umso mehr betroffen", heißt es in dem Brief, "als Sie in der Bundesrepublik Deutschland bis heute als ein Vertreter des europäischen Humanismus gelten, und Ihre Romane "L'Espoir" und "La Condition Humaine" von Ihnen bis heute noch nicht vom Büchermarkt der Bundesrepublik Deutschland zurückgezogen worden sind; Bücher, die nicht nur wie im Falle Jean Louis Barrault öffentliche Äußerungen, sondern öffentliche Bekenntnisse enthalten". Die Unterzeichner spielen dabei auf die Malraux-Begründung für die Entlassung Barraults an, der während der Pariser Mai-Ereignisse "gewisse öffentliche Äußerungen" getan hat, "die nicht vereinbar scheinen mit dem Auftrag, der ihm erteilt wurde". Der Brief ist u. a. unterzeichnet von Egon Monk und Ida Ehre (Kammerspiele), Friedrich Schütter (Junges Theater), dem Journalisten Axel Eggebrecht, Klaus Rainer Röhl (konkret), Walter Busse (Spiegel), Theo Sommer (Zeit), Walter Menningen, Winfried Scharlau, Bernd C. Hesslein (NDR), dem Kritiker Reich-Ranicki und dem Ensemble des Deutschen Schauspielhauses.

## ZITAT DER WOCHE

"In Berlin herrscht gegenwärtig keine Rattenplage. Das teilte der Senat gestern in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Dieter Schwäbl mit. Zwar sei im Jahr 1967/68 die Zahl der Rattenherde auf 8 652 gestiegen, während sich der Durchschnitt zwischen 6000 und 7500 Einzelherden bewegt. Dennoch habe man im Jahr 1959/60 sogar 9 813 Nester bekämpfen müssen" ("Berliner Morgenpost" vom 19. 9. 1968).

## LIGA-ANALYSE: ROT IST NICHT GLEICH BRAUN

## EXTRA-DOKUMENTATION

Die am 20. Juli in Westberlin gegründete "Liga des Antifaschistischen Widerstandes e. V." brachte in dieser Woche ein Memorandum heraus, das den politischen Standort der "Liga" bestimmen soll. Das Memorandum (28 Seiten stark, in der Buchhandlung des Republikanischen Clubs Westberlin zu beziehen) will, so heißt es in einem Nachwort, "einen Beitrag liefern zur Debatte über die vom Kapitalismus geprägten Gesellschafts- und Machtstrukturen und deren faschistoide Tendenzen" in der Bundesrepublik und Westberlin. EXTRA-Dienst veröffentlicht aus dem Memorandum einen Auszug als Beitrag zur "Stalinismus-Diskussion" in der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition, die vor allem nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR eingesetzt hat.

"In dem Bemühen, mit dem toten Nationalsozialismus den lebenden Marxismus zu erschlagen, griff man ein altes Streitobjekt auf, das die sozialistische Bewegung Europas schon seit Lenins Zeiten den härtesten Zerreißproben unterworfen hatte. Es war die leninsche Forderung nach einer revolutionären Kaderpartei, die mit zwangsläufig beschränkter Mitgliederzahl von befehlsgebundenen Berufsrevolutionären im Stande wäre, einen Revolutionsprozeß einzuleiten und lenken zu können. Dagegen stand die Forderung - von Trotzki vertreten -, daß die sozialistische Partei Rußlands alle sympathisierenden

Kräfte umfassen sollte, um sie auf einer breiten Massenbasis aufbauen zu können und von dort her ihren demokratischen Charakter zu garantieren. Doch angesichts einer blutigen Realität von Revolutionskämpfen und von konterrevolutionären Gegenschlägen, die die Revolution zu vernichtendrohten, setzte sich Lenins Forderung durch und Trotzki beugte sich ihr.

Auch nach Beendigung der Revolution behielt die nunmehr siegreiche KPdSU die leninsche Organisations-Struktur bei. Sie sollte nach Lenins Willen Motor und Katalysator einer Revolutionsentwicklung sein, die in 'ihrer russischen-nationalen Phase nur den Übergang signalisierte zu einer internationalen Phase' (Trotzki). Die notwendige und von den russischen Revolutionären verzweifelt erhoffte internationale Revolution trat jedoch nie ein. Nach dem Tode Lenins und nach dem Ausbleiben einer internationalen, siegreichen Revolutionswelle, entwickelte Stalin als Nachfolger Lenins seine 'Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande'. In einem Lande, das durch Kriege zerstört und von Hungerkatastrophen gepeinigt wurde, dessen Industrie im Vergleich zu anderen Staaten extrem unterentwickelt war und dessen Bevölkerung zu 58 Prozent aus Analphabeten bestand, die z. T. in vorindustriellen Eigentums-Kategorien dachten; in diesem Land, dessen Wirtschaft in rasendem Tempo der totalen Anarchie zustrebte und dessen neue Regierung die umliegenden hochkapitalistischen Industrie-Großmächte lieber heute als morgen abgeschafft hätte, dessen alte feudale und korrumpierte Herrschaftsklasse kraft eines revolutionären Willensaktes zwar entmachtet werden konnte, dessen Voraussetzungen zur Schaffung eines sozialistischen Staates aber keineswegs den marxistischen Revolutions-Theorien entsprach; in solch einem Lande einen Sozialismus aufbauen zu wollen, hieß nichts anderes, als im Namen des Sozialismus 'Alle Greuel des westeuropäischen Frühkapitalismus zu begehen: Den Bauern das Land und die Ernte wegnehmen, sie als proletarische Arbeitermasse in die Fabriken treiben, diese neuen Arbeitermassen rücksichtslos ausbeuten, aus ihrem Schweiß die 'primitive Akkumulation' als die erste Kapitalgrundlage der neuen Industrie gewinnen.' (Haffner)

Lenin und Trotzki hofften, entgegen allen bösen Erfahrungen, die sie im Laufe der Jahre hatten machen müssen, immer wieder auf die Realisierung des von Karl Marx postulierten Grundsatzes, daß nämlich nur das Proletariat eines hochindustrialisierten, krisengefährdeten und spätbürgerlich-kapitalistischen Staates zu einer erfolgreichen Revolution schreiten könne, und die Realisierung dieses Grundsatzes schien ihnen in Deutschland zum Greifen nahe, denn alle notwendigen Voraussetzungen zu einer Revolution waren, im Gegensatz zu Rußland, in jenem Land zu finden. Nur daher bekäme die russische Revolution ihren eigentlichen und welthistorischen Sinn, nur daher wären die Opfer, die das russische Volk brachte, gerechtfertigt.

Stalin jedoch brach rücksichtslos und konsequent mit diesen unbestätigten Hoffnungen seiner Vorgänger. Für ihn war die russische Revolution und der Kampf um die Erhaltung des Sozialismus in einem Land nicht mehr 'brennendes Fanal', an dessen Funken sich die internationale proletarische Revolution entzünden sollte. Für ihn hatten die kommunistischen Parteien in aller Welt nicht mehr den Aufstand der Arbeitermassen vorzubereiten, denn dazu waren sie seiner Meinung nach, erwiesenermaßen, sowieso nicht in der Lage, sie hatten lediglich nur noch die nationalen Interessen der Sowjetunion in ihren Ländern abzustützen und zu vertreten.

Sozialismus in einem Lande hieß für Stalin: Industrialisierung und Kampf gegen das Analphabetentum. Der sowjetische Staat, ein einziger Hort des marxistisch-leninistischen Sozialismus, war zu erhalten und zu schützen, gleichgültig mit welchen Mitteln. Geling dieses nicht, so waren all die übermenschlichen Opfer eines jahrzehntelangen Kampfes vergeblich gewesen und der kommunistische Sozialismus wäre nichts als eine irrationale Chimäre, die den kleinsten Schuß Pulver nicht lohnte. Dies war oberstes Gesetz und Handlungsprinzip der UdSSR, und wer mit Opposition oder kritischer Diskussion die Realisierung dieses Prinzips verzögerte oder gar in Frage stellte, sah sich den Maßnahmen eines bis zum perfektionierten Maximum entwickelten Polizei- und Geheimdienstapparates ausgesetzt. Die kommunistische Partei der SU herrschte nicht mehr mit Stalin, sondern Stalin herrschte über diese Partei und damit über den Staat.

Die stalinistische Machtanwendung ist aus dem politischen Trauma erklärbar, das fast allen führenden bolschewistischen Revolutionären der Jahrhundertwende anhing und ihren

individuellen Charakter formte. Die unendlichen Leiden und Opfer der ständig mit Verbannung und Tod bedrohten russischen Revolutionäre schuf einen Menschentyp, der sich durch Härte, Mißtrauen und persönliche Skrupellosigkeit durchsetzen mußte, sollte er einer politisch-sozialen Vorstellung reale Gestalt verleihen. Ob bei Lenin oder Trotzki, Bucharin, Molotow oder Stalin, an allen ließen sich mehr oder weniger ausgeprägt solche Charaktertendenzen feststellen, und nur ständige geistige Disziplinierung und die Kontrolle innerhalb der Partei ließ diese Neigungen nicht in dem Maße durchschlagen, daß bolschewistischer Pragmatismus seine marxistischen Grundbasen gefährdete.

Erst das Einschwenken auf eine Machtausübung, die keine kritische Kontrolle mehr dulden wollte angesichts der zunehmenden Gefahr eines totalen ökonomisch-sozialen Zusammenbruchs, ließ den Staat seine Herrschaftsfunktionen absolut und gnadenlos ausüben. Die durch den Tod Lenins hervorgerufenen Führungs- und Richtungskämpfe innerhalb des ZK der KPdSU bauten den leninschen Führungsanspruch dieser Partei langsam aber unübersehbar ab, zugunsten eines von Stalin zentral gelenkten Partei- und Staatsapparates. Mit der persönlichen Härte, mit der er den revolutionären Kampf über 20 Jahre geführt hatte, mit dem Mißtrauen gegenüber einer zukünftigen Revolution (deren internationales Selbstverständnis gerade von Trotzki so unbezweifelt und leidenschaftlich vertreten wurde) und mit der Skrupellosigkeit, mit der er in allen inneren und äußeren Kämpfen seine politischen Ziele durchsetzte und damit den sowjetischen Staat den kapitalistischen Großmächten als ebenbürtige Großmacht gegenüberstellte, gelang es Stalin, die Sowjetunion auf eine chancengleiche Auseinandersetzung vorzubereiten, die ihr mit einem hochindustrialisierten, bis an die Zähne bewaffneten 'Groß-Deutschland' bevorstand. Nach anfänglicher Unterschätzung Hitlers (den Stalin zunächst als einen besonders 'extremen Lakaien des deutschen Großkapitals' ansah, der sich politisch auf kurz oder lang von selbst strangulieren würde) begriff Stalin jedoch, daß in Hitler der Sowjetunion der gefährlichste und rücksichtsloseste Gegner erwachsen war, den die SU seit ihrem Bestehen je gehabt hatte. Die offene Aggressionstendenz der NS-Politik, hauptsächlich gegenüber der SU, zwang Stalin zu einem militärischen Aufrüstungsprogramm, das sein gesamtes innenpolitisches Entwicklungskonzept wiederum viele Jahre zurückwerfen mußte. Stalin, der niemals einen solchen Krieg gewollt hatte und durch das unerwartete deutsche Rüstungstempo völlig überrascht wurde, investierte nunmehr 3/4 des gesamten Staatshaushaltes in den Ausbau einer kriegswirtschaftlichen Schwerindustrie. Die Ausweitung der so dringend erforderlichen Konsumgüterproduktion mußte abermals radikal auf ein extremes Minimum reduziert werden. Dieser deutsche Rüstungsvorsprung aber, so stellte es sich bald heraus, war für die Sowjetindustrie in kurzer Zeit kaum einholbar.

Diese Bedrohung ließ Stalin nun zu den äußersten Mitteln staatlich-politischer Machtanwendung greifen. Mit dem sogenannten Hitler-Stalin-Pakt versuchte er, die ihm fehlende Zeit zu gewinnen, um die sowjetische Wirtschaft und die Rote Armee dem technischen Höchststand der deutschen Wehrmacht anzupassen.

Dieser Pakt wurde mit einer erbarmungslosen Ausrottung derjenigen Staats- und Parteifunktionäre eingeleitet, von denen Stalin annehmen mußte, daß sie eine solche "Bündnispolitik" mißbilligen oder durch Ablehnung etwa gefährden könnten. Die menschenvernichtende Konsequenz, mit der Stalin eine sich voraussichtlich bildende Opposition abging, um dieses 'Bündnis' zustandezubringen, verursachte innerhalb der sozialistisch-marxistischen Parteien der Welt eine ungeheure Schockwelle, die nicht einmal durch den Sieg der UdSSR zum Abklingen gebracht werden konnte. Diese Machtpolitik Stalins hatte unzählige überzeugte Mitglieder der kommunistischen Parteien innerhalb und außerhalb der Sowjetunion in Verwirrung und Zweifel gestürzt, sie zum Austritt und in die Gegnerschaft der KP und damit zur Sowjetunion gebracht.

Die stalinistische Innen- und Außenpolitik wurde nun zum Leitmotiv einer antimarxistischen Beweisführung, die einerseits den 'Stalinismus' als zwangsläufiges Endprodukt des Marxismus ansah, dessen Lehre sich daher als zivilisationsfeindliche Utopie ausgewiesen hatte, und andererseits als einen sozialistischen Deformierungsprozeß, der in seinem Verlauf in eine Gewaltherrschaft mit faschistoiden Charakterzügen umgeschlagen war.

Beide Auslegungen sind falsch, insofern als daß 1. der Bolschewismus stalinscher Prägung nur aus den ökonomischen und historisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen der

russischen Geschichte vor und nach der Oktoberrevolution abzuleiten ist und 2. daß mit dem Marxismus als Philosophie und ökonomisch-sozialistischer Lehre, trotz aller Irrtümer, dennoch der größte menschlich-rationale Versuch entwickelt wurde, 'den Primat des Menschlichen über das Ökonomische zu sichern... (der Marxismus/Sozialismus - d. V.) will die Natur humanisieren und moralisieren und sie hindern, sich wie eine rohe, unabhängige, unbezwingbare Gewalt zu entwickeln. Er studiert ihre Gesetze, um sie zu unterjochen, nicht um ihr Gefangener zu werden.

Indem er sich aus nächster Nähe mit der Materie einläßt, will er das menschliche Bewußtsein von dessen äußerlichen Fesseln befreien, ihm die Dinge unterordnen, damit es sich dem Imperativ seines inneren Gesetzes unterstellen, d. h. ihn völlig verwirklichen kann. Ebenso will er sich nicht nur den industriellen Mechanismus und dessen riesige Produktionskraft unterordnen, sondern auch den Staatsapparat und seine enorme Zwangsgewalt' (Angelo Taska).

In diesen Sätzen offenbart sich der diametrale Gegensatz zweier Prinzipien, deren politisch-moralische Grundpositionen derart verschieden sind, daß nur die emotionale Abwehrreaktion ignoranter Unkenntnis, oder politische Indolenz im Verbund mit nationalistischem Machtdenken die Gleichsetzung von Faschismus/Nationalsozialismus und Marxismus/Sozialismus postulieren kann und zu beweisen sucht.

'Der Faschismus ist ein Balanceakt, ein Regime, eine Energetik, die - wenn sie sich solche auf individuellem wie staatlichem Gebiet durchsetzt - doch niemals eine Ethik begründen, geschweige denn ersetzen kann...'

Wobei es zur Definition des Faschismus nicht genügt, 'seine Attribute zusammenzuzählen, er ist vielmehr die Resultante einer Gesamtsituation, von der er nicht getrennt werden kann. - Die Irrtümer der Arbeiterparteien gehören zum Beispiel ebenso zur Definition des Faschismus wie seine Verwendung durch die herrschenden Klassen' (Angelo Taska).

Diese blutigen 'Irrtümer' beim 'Aufbau des Sozialismus in einem Lande' (so erfolgreich sie im reinen machtpolitischen Bereich auch waren), haben jedoch Stalins Bindungen an die geistig-politischen Grundvorstellungen der marxistischen Lehre niemals unterbrechen können.

'Die Gleichsetzung Stalin und Hitler... mag populär und politisch opportun sein, wissenschaftlich haltbar ist sie nicht' (F. W. Haug).

Der wüste Irrationalismus von Hitlers 'Blut und Bodentheorie', von der Lehre der 'höheren Rassen', welche die 'niederen Rassen' vernichten müßten, von dem elementaren Kampf um 'Lebensraum' konnte mit Stalins 'Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande' niemals in einem Atem genannt, geschweige denn gleichgesetzt werden. Wichtigsten Anteil an der Deformierungstendenz des Sozialismusbegriffs hatte jedoch die von Mussolini und Hitler eingeführte Komponente eines nationalen 'Sozialismus'. Sie diente in ihrer speziellen Version ausschließlich dazu, 'die zentralen, herrschaftstechnischen Probleme des Faschismus zu lösen'. Der faschistische Sozialismusbegriff hatte als politisches Programm nur eine 'Aufgabe' zu bewältigen, nämlich die 'Emanzipationsbestrebungen der Massen einzufangen und einzuspannen in eine emanzipationsfeindliche Politik, also potentiell sozialistische Energie umzufunktionieren in Antisozialismus. - Antisozialismus aber war der gesellschaftliche Auftrag des Faschismus' (Haug). Die wirkliche Pervertierung des Sozialismus wurde daher im wesentlichen nicht etwa durch den Stalinismus eingeleitet und vollzogen - wie man es bis in die heutigen Tage zu hören bekommt -, sondern in der Hauptsache durch die ungeheuerliche Begriffsklitterung einer reaktionär-militanten Staatsideologie, mit völkisch-nationalistisch eingefärbten Mittelstandsparolen, die sich als 'nationaler Sozialismus' ausgab und unter dem Rutenbündel und Hakenkreuz die gewaltigen humanitären Aufgaben des Sozialismus - wie er von Marx und Engels fixiert worden war -, in ein antihumanes Unterjochungssystem verwandelte.

Gewiß soll und kann nicht der stalinistische Weg zur Erhaltung des 'Sozialismus in einem Lande' a priori als der Weg zum Sozialismus in jedem Lande gefeiert, oder gar als nachahmenswert empfohlen werden.

Gewiß ist das stalinsche Dekret, nach dem 'kein anderer Weg zum Sozialismus führe als der russische', bis zum heutigen Tage außenpolitisches Grundsatzprogramm der

UdSSR geblieben. In der konkreten machtpolitischen Anwendung entspringt es dem - nur aus der sowjetischen Geschichte erklärbaren - Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Auch die heutige sowjetische Staatsführung hat kein anderes außenpolitisches Programm entwickeln können, als das von Stalin proklamierte und praktizierte. 'Stalin' - und dies gilt es hier nochmals und mit aller Deutlichkeit festzuhalten - 'hat immer als russischer Staatsmann gedacht und gehandelt... Seine Sorge war immer die Sicherheit der Sowjetunion, nichts sonst; die Interessen fremder Kommunisten waren für ihn etwas Zweitrangiges. - Die größte Gefahr für die Sowjetunion war für ihn immer die antisowjetische Einheitsfront aller kapitalistischen Länder gewesen, die unbedingt abgewandt werden mußte' (Sebastian Haffner).

Gewiß leiden die sozialistischen Länder Europas einschließlich der DDR noch heute darunter, daß die 'brutal vernünftige' Politik Stalins auch von seinen gemäßigten Nachfolgern prinzipiell weiter vertreten wird. Das heißt, daß gewisse Autonomiebestrebungen im sozialistischen Lager nicht zugelassen werden, solange sowjetische Interessen auch nur von Ferne bedroht sein könnten; und ganz gewiß muß es auch für Deutschland noch einen anderen Weg zum Sozialismus geben, als den Weg der SED unter Walter Ulbricht. Ebenso gewiß ist es aber auch, daß man die höchst komplizierten, politischen Strukturentwicklungen innerhalb eines weltweiten sozialistisch-humanitären Kampfes, eben wegen seiner politischen Irrtümer und historischen Umwege, mit griffigen Schlagworten wie 'Stalinismus, Linker Faschismus oder Rotes Preußen' zu diffamieren trachtet.

Unter dem Überbau solcher Schlagworte hat sich nicht nur eine politische Tagespropaganda etabliert, sondern auch ein akademischer Lehrstuhlküngel, der unter dem Siegel wissenschaftlich-fundierter Untersuchungen, politische Halbwahrheiten zu unbezweifelbaren und fundamentalen Erkenntnissen innerhalb der 'politischen Wissenschaft' hochmendet. (In diesem Zusammenhang sei auf die hervorragende Arbeit von Wolfgang Fritz Haug hingewiesen, die unter dem Titel 'Der hilflose Antifaschismus' in der Edition Suhrkamp - Nr. 236 - erschien, und die in einer vielseitigen Analyse, die geradezu haarsträubenden 'Ergebnisse' einer 'reinen Wissenschaft' zum Thema Faschismus-Sozialismus aufzeigt.)

Mit der Antistalinismus-Parole versucht eine Generation, die dem 'Hitlerismus' verfiel, einen verlorenen Krieg auch noch heute in einen Sieg umzuwandeln. Mit der Entrüstung über die Schreckensherrschaft Stalins versucht man Hitler und seine Folgen zu entschuldigen und in Vergessenheit zu bringen, 'wobei', um noch einmal Sebastian Haffner zu zitieren, 'diejenigen, die Hitler folgten, die Letzten sind, die ein Recht haben, sich über Stalin zu entrüsten. Denn Hitler schuf für Rußland die Lage, aus der Stalin dann auf seine Art die Konsequenzen zog'."

EXTRA-MEINUNG

#### DER UNAUFHALTSAME AUFSTIEG DES ALBERT SCHNEZ / VON +++

Vom 1. Oktober dieses Jahres an wird die Bundeswehr in ihrer Führungsspitze einen Offizier haben, von dem unwidersprochen behauptet werden darf, daß er ein 150%iger Nazi war: Generalleutnant Albert Schnez, bisher Kommandeur des III. Korps in Koblenz, nunmehr von Verteidigungsminister Gerhard Schröder zum Inspekteur des Heeres ernannt. Damit hat das schwankende Bild der Bundeswehr eine weitere Profilierung nach rechts erhalten. Die Gegenkräfte sind verstummt, wie der Generalinspekteur de Maiziere, in die Wüste geschickt, wie der Brigadegeneral Gerd Schmückle oder pensioniert, wie die beiden Reformer Baudissin und Kielmannsegg.

Wenn der rechtskonservative Schröder mit Schnez einen Mann seiner Entsprechung durchsetzen konnte, so deshalb, weil alle Proteste von Offizierskameraden gegen den ehrgeizigen und der Denunziation beschuldigten Korpskommandeur nicht schwer wogen. Keiner der protestierenden Bundeswehrgenerale mochte den herrischen Minister vor die Konsequenz stellen: entweder Schnez bleibt, wo er ist, oder wir gehen. Denn noch immer gilt in der Bundeswehr die fatale Maxime des Reichswehrgenerals von Seeckt: Truppe schießt nicht auf Truppe - auch nicht symbolisch.

Solcher Zurückhaltung, geboren aus einem verquerten Ehrbegriff, der bis zur Kompl-

censchaft mit Diktatoren und Massenmördern führte, verdankt auch Albert Schnez seinen unaufhaltsamen Aufstieg in der Bundeswehr. Noch vor seiner Reaktivierung ließ er sich von dem ehemaligen Wehrmacht-Oberst Hans Höffner, an dessen Denunzierung wegen hitlerfeindlicher Reden er mitschuldig war, Persilscheine schreiben - unter Berufung auf seine Offiziersehre. Gegen den Widerspruch von Adolf Heusinger, damals der ranghöchste Offizier der jungen Bundeswehr, begann der Ein-Tage-Oberst des II. Weltkrieges, Albert Schnez, seine neue Karriere als Brigadegeneral. Ein ungewöhnlicher Start, da die wiedereintrückenden Wehrmachtsoffiziere mit gleichem oder niedrigerem Dienstgrad beginnen mußten. Als Starthelfer hatte sich der damalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Rusk, angeboten. Er kannte den Kameraden Schnez noch aus seiner eigenen Kriegsverwaltungszeit in Oberitalien. Diese Bekanntschaft erneuerte und vertiefte sich, als Schnez in den 50er Jahren Lobbydienste für Humboldt-Deutz in der Erlenkeil-Kaserne tat.

Wieder in Uniform - der ungeliebten und geschmähten - und wieder im Dienst eines Staates, der "die Kriegsverbrecherfrage im nationalen Sinne" nicht gelöst hatte (so Schnez in seinem Bewerbungsschreiben an den Personalgutachterausschuß), wußte sich Schnez bald seinem Obersten Kriegsherren, Franz Josef Strauß, zu verpflichten. Den Schwaben und den Bayern verband nicht nur das gleiche manisch-depressive Temperament. Der General und der Oberleutnant der Reserve außer Diensten verfolgten auch die gleichen atomaren Ausrüstungspläne für die Bundeswehr. Erst als Straußens Sturz sich abzeichnete, hatte Schnez Krach mit seinem Minister. Dessen Schwäche machte ihn stark zum Widerspruch.

Die Hassel-Ära war für Albert Schnez weniger kongenial. Doch sie brachte ihm Beförderungen und den Ruf ein, ein glänzender Organisator und der beste Logistikfachmann der Bundeswehr zu sein. Kurz, ein Mann, auf den man nicht verzichten konnte, was immer auch ein paar Leute, Zeugen aus der Wehrmachtszeit dieses tüchtigen Offiziers, über das politische Verhalten, die charakterliche Integrität und die Kameradschaftlichkeit meinten berichten zu können.

Etwa die Berichte einer ehemaligen Wehrmachtshelferin über die Durchhalteparolen, die Schnez noch in den Wochen der Götterdämmerung des Nazi-Reiches von sich gab. Oder die beeidbare Aussage des einstigen Generalstabsobers Karl Adomeit, daß er die Unterschrift von Schnez unter einer Meldung gesehen habe, die den Oberst Hans Höffner vor das Zentrale Heeresgericht und von dort vor das Volksgericht gebracht hätte, wenn dieser nicht glücklicherweise in amerikanische Gefangenschaft geraten wäre.

Für Gerhard Schröder waren solche verräterischen Spuren aus der Vergangenheit kein Anlaß, seinen tüchtigen Korpskommandeur in der Heimat zu lassen, wo er nur Mitläufer unter einem Volk von Mitläufern ist. Vielmehr empfahl er ihn auf den Posten des Oberbefehlshabers der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte mit Sitz im niederländischen Brunssum. Doch die NATO-Nachbarn in Den Haag zeigten sich pingliger. Sie wollten, wie sie wissen ließen, keinen Nazi-General auf ihrem Boden. Als der diplomatische Wink nichts nutzte, schickten sie eine eigene Untersuchungskommission in die Bundesrepublik, um die Zeugen aus der Vergangenheit des NATO-Aspiranten zu hören. Das Ergebnis reichte aus, Schnez zu einem freiwilligen Verzicht zu bewegen. Schröder tröstete den abgelehnten Oberbefehlshaber: er sei weiterhin für alle nationalen und internationalen Kommandoposten voll geeignet.

Doch auf dem NATO-Stellenmarkt mochte Schröder den desavouierten General nicht mehr anbieten. Kein Bündnispartner hätte sich einen Mann zumuten lassen, der für die Niederländer nicht akzeptabel war. Anders in Bonn. Das Bundeskabinett stimmte bedenkenlos der Ernennung von Albert Schnez zum höchsten Heeresoffizier zu. Der Einwand des Widerstandskämpfers Kunrat von Hammerstein in der "Frankfurter Rundschau" vom 2. August, daß der presumptive Heeresinspekteur "in lebensgefährlicher Weise unkameradschaftlich war", blieb ohne Resonanz.

Nach einem Alt-PG als Bundeskanzler, nach den Listenverbindungen zwischen NPD und den etablierten demokratischen Parteien, nun ein Bundeswehrinspekteur mit ausgeprägter Nazi-Vergangenheit: die Reihen schließen sich fester.

(Anmerkung der Redaktion: Der vorstehende Beitrag stammt von wohlinformierter Seite aus Bonn. Der Verfasser will, aus beruflichen Gründen, nicht genannt werden.)

# 100 000 für Vietnam

Tag für Tag steigern die amerikanischen Aggressoren ihre grausame Kriegsführung gegen die Bevölkerung in Vietnam; erhöhen sie die Zahl ihrer Soldaten, die gezwungen werden, den Krieg mit immer wirksameren Waffen in immer weitere Gebiete des Landes zu tragen. Mit Napalmbomben verbrennen sie gnadenlos Kinder, Frauen und Greise. Mit Giftchemikalien zerstören sie die Ernte auf den Feldern. Wer von den Waffen verschont bleibt, soll durch Hunger und Krankheit zugrundegehen. Bis heute haben amerikanische Flugzeuge das Mehrfache der im Zweiten Weltkrieg über deutschen Städten abgeworfenen Bombenlast über Nord- und Südvietnam ausgeschüttet.

Es wächst die Zahl derjenigen, die sich in aller Welt diesem Verbrechen entgegenstellen. Gemeinsam mit ihnen fordern wir die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nord- und Südvietnam, den Abzug der amerikanischen und anderen ausländischen Truppen aus Südvietnam, damit das Volk Südvietnams nach eigenem Willen den Frieden wiederherstelle. Die Rechtsgrundlagen dieses Friedens sehen wir im Genfer Indochina-Abkommen von 1954, in dem darin garantierten Recht auf nationale Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit und dem Anspruch auf Abhalten freier Wahlen.

Wir stellen der Eskalation der amerikanischen Aggression in Vietnam die Eskalation der Solidarität mit dem um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden vietnamesischen Volk entgegen. Wir rufen die Bürger unserer Stadt auf, dem Volk von Vietnam zu helfen und für die Einstellung aller militärischen Aktionen gegen die vietnamesische Bevölkerung einzutreten.

Spenden zur Übermittlung an die Nationale Befreiungsfront Südvietnams werden entgegengenommen auf dem Bankkonto „Hilfe für Vietnam“ bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Grolmanstraße 1-3, Postscheckkonto Berlin West 82 800 für Kontonummer 4936 „Hilfe für Vietnam“.

im Dezember 1967

Dr. Johannes Agnoli  
Albert Bessler  
Adolf Burg  
Jürgen Beverförden  
Siegfried Burmester  
Dr. Ingeborg Drewitz  
Heinz Dehn  
Pfarrer G. Dümchen  
Robert Eliscu  
Annie Engel

Marianne Albertz  
Horst Mahler  
Wolfgang O. Metzger  
Kurt Fischer  
Prof. E. Gehrig-Targis  
Klaus-Dieter Heiser  
Jürgen Horlemann  
Hubertus Hüppauff  
Reinhard Lettau  
Lu Märten

Hans Hessling  
Dr. Robert Kohl  
Hans Karl Konheiser  
Dinah Nelken  
Siegfried Noerenberg  
Erik Nohara  
Rita Rottenberg  
Reiner Rowald  
Wolfgang W. Rodig  
Dr. A. Schoele

Dr. Hans Sarkander  
Heinz Paulisch jr.  
Dr. Joachim Seyppel  
Pfarrer Dr. H. Schroth  
E. M. Streisand  
Dr. K. Swarzenski-Solbrig  
Volker Theissen  
Bernward Vesper  
Klaus Völker  
Pfarrer W. Weinhold

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab . . . . . 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .

WOHNORT: . . . . .

STRASSE: . . . . .

DATUM: . . . . .      UNTERSCHRIFT: . . . . .